

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 3 (1981)
Heft: 10

Artikel: L'énergie c'est nous! : Franzosen kämpfen gegen Atomenergie
Autor: Scholz, Eberhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-653244>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eberhard Scholz



L'énergie c'est nous!

Franzosen kämpfen gegen Atomenergie

Während sich die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung, will sie den endgültigen Marsch in den Atomstaat noch rechtzeitig verhindern, auf harte Auseinandersetzungen einstellt, ist in Frankreich dagegen scheinbar bereits alles entschieden. Seit Ende 1980 werden über 23% des Stroms aus Kernkraft (BRD: 11,5%) erzeugt, in fünf Jahren sollen es schon 50% sein. Der Widerstand gegen diese Entwicklung scheint seit den Ereignissen vom Sommer 1977 in Creys-Malville gebrochen und nur noch lokal aufzuflackern.

Im folgenden soll ein knapper Überblick über die Entwicklung des französischen Anti-AKW-Kampfes gegeben werden, um dann auf seine aktuelle Situation einzugehen. Dabei kann allerdings die veränderte Lage nach dem Sieg der Sozialisten nur kurz angedeutet werden.

Die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung

Die ersten Massenaktionen gegen den Bau von Atomkraftwerken in Europa fanden 1971 in Fessenheim und gegen das AKW Bugey I bei Lyon statt. Diese Anti-AKW-Demonstrationen und andere Aktionen zur Verteidigung der Umwelt markierten die Phase der Entstehung einer Bewegung, die nicht länger gewillt war, die wachsenden Umweltbelastungen ohne Widerstand hinzunehmen. Der Kampf gegen die zivile Nutzung der Kernener-

gie führte unterschiedliche Gruppierungen zusammen. Neben Publizisten, Wissenschaftlern und traditionellen Naturfreunden setzte sich die Bewegung aus den betroffenen Bürgern, die sich häufig in den „associations“, vergleichbar mit unseren Bürgerinitiativen, und in Komitees zusammenschlossen, und undogmatischen Linken zusammen; letztere hatten im Rahmen der Mai/Juni-Ereignisse 1968 politische Erfahrungen gesammelt.

Die Bevölkerung war an der Problematik der Kernenergie kaum interessiert, eine Situation, an der auch die Forderung zahlreicher Persönlichkeiten nach einem sofortigen Baustopp nichts zu ändern vermochte. Erst infolge der Ankündigung des Premierministers Messmer im März 1974, das französische Atomprogramm als Reaktion auf die Ölkrise vom Herbst 1973 zu forcieren, trug durch den Zusammenschluß der Bewohner an mehreren der vierzig vorgesehenen AKW-Standorten zu einer erheblichen Ausweitung der Anti-AKW-Bewegung bei. Die Aktivitäten vor Ort wurden Anfang 1975 durch einen Appell von über 1000 Wissenschaftlern unterstützt, in dem sie die Bevölkerung aufforderten, „den Bau der Kernkraftwerke zu verhindern, solange sie kein klares Bewußtsein über die Risiken und Konsequenzen habe“.¹ Widerstandsaktionen wurden aus vielen Teilen Frankreichs bekannt: Flamanville, Paris, Port-la-Nouvelle, Gravelines usw., dabei kam es teilweise zu symbolischen Platzbesetzungen und Konflikten mit der Polizei, doch blieb der Charakter der Aktionen mehr Volksfesten.



Wahlbeteiligung von Ökologen

Mit der Kandidatur von René Dumont, einem weltbekannten Agronomen, der sich mit der Problematik der Landwirtschaft in der Dritten Welt, aber auch in der Sowjetunion und in Frankreich beschäftigte, lenkte die Ökologiebewegung anlässlich der Präsidentschaftswahlen 1974 die Aufmerksamkeit auf sich. Die Absichten der Gruppen, die Dumont unterstützten, bestanden darin, einerseits die Ökologie weiter zu politisieren und andererseits auf die Parteien Druck auszuüben. Zudem sollte die Wahlkampfzeit genutzt werden, ökologische Themen zu popularisieren sowie Kontakte zu anderen sozialen Bewegungen zu intensivieren. Durch diese Wahlbeteiligung gewann der Flügel der politischen Ökologie an Gewicht, und die Vokabel „Ökologie“ wurde für die Bevölkerung zu einem Begriff, auch wenn die 337.000 Stimmen (= 1,34%) bestensfalls als Achtungserfolg zu werten sind.

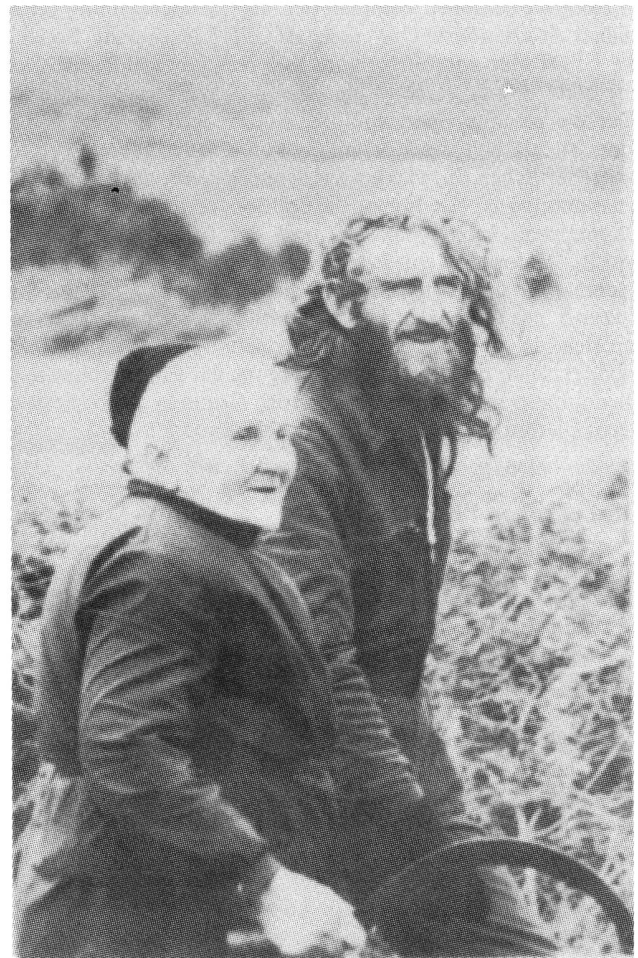
Das Interesse an Umweltproblemen stieg stetig und schlug sich in zahlreichen lokalen Aktivitäten nieder. Auch die Erfolge der Ökologen bei den Kommunalwahlen 1977 waren Ausdruck der zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung der Bewegung. Lokal gut verankerte Assoziationen, die allerdings häufig einzig auf die Verhinderung eines staatlichen Vorhabens hinarbeiteten, erzielten die besten Ergebnisse. Ökologische Gruppen, die eine fundamentale Änderung der Gesellschaftsordnung forderten, vereinigten dagegen weniger Stimmen auf sich.

Die Malville-Ereignisse

Die massenhafte Beteiligung an Aktionen der Ökologiebewegung im Sommer 1977 wies ebenfalls auf die gewachsene Stärke der Bewegung hin. Zentrale Schauplätze der direkten Auseinandersetzungen bildeten einmal mehr die Standorte geplanter AKW: Flamanville, Le Pellerin, Malville. Malville hat auf Grund der blutigen Konfrontation zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, wobei Vital Michalon durch eine Offensivgranate getötet sowie zahlreiche andere Personen z.T. schwer verletzt wurden, traurige Berühmtheit erlangt. Die 50 000 Kernkraftgegner aus dem In- und Ausland, die ihren Widerstand gegen das von Frankreich, Italien und der BRD fi-

nanzierte Projekt des Schnellen Brüters „Superphönix“ kundtaten, stellten für die Bewegung einen großen Erfolg dar; der Verlauf des Wochenendes lief dieser Bewertung dann aber zuwider. Es zeigte sich, daß eine ausreichende Form der Organisation bei Veranstaltungen dieser Größenordnung gewährleistet sein muß, um „Provokationen“ einiger Teilnehmer und der brutalen Taktik der Polizei gewachsen zu sein. Malville hinterließ in den Reihen der Ökologen Entsetzen, Trauer und Wut, und dann allgemeine Ratlosigkeit. Die Bewegung befand sich danach insofern in der Krise, als nicht mehr klar war, wie der zukünftige Widerstand organisiert werden sollte. Auf zentrale Großveranstaltungen wurde nach Malville verzichtet. Das große Engagement in der Bewegung wich weithin einem Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit.

Ein Teil der Bewegung versuchte sich weiterhin im Stimmenfang, so aus Anlaß der Europawahlen. Dabei wurden immerhin 4,5% der Stimmen (= ca. 900 000) erreicht, aber über den politischen Nutzen war man sich innerhalb der Bewegung ebenso uneinig wie bei den Parlamentswahlen 78. Denn eine Einflußnahme auf das Atomprogramm war trotz steigender Sympathisantenzahlen nicht in Sicht.



Das Verhältnis der Ökologen zu Parteien und Gewerkschaften

Die ökologischen Massenveranstaltungen verdeutlichten auch die Unfähigkeit der politischen Parteien, auf Befürchtungen und Proteste aus der Bevölkerung einzugehen. In Frankreich hat sich, wie in anderen Ländern Westeuropas, auch eine Polarisierung der politischen Szene herausgebildet; die Majorité des Regierungslagers wurde von der gaullistischen RPR, den Republikanern (PR) und der Union für die französische Demokra-

tie (UDF), einem Zusammenschluß der Parteien der rechten Mitte, der auch Giscard zuzurechnen ist, getragen. In Opposition standen die Sozialisten (PS), die Kommunisten (PCF), die Bewegung der Linksradiكالen (MRG), also die ehemaligen Parteien der Linksunion sowie sämtliche kleinen linken Parteien. Die übergroße Mehrheit der französischen Bevölkerung läßt sich auf das politische Spiel zwischen links und rechts ein, was u.a. das schwache Abschneiden der Grünen bei den Parlamentswahlen von 78 miterklärt.

Das Regierungslager unterstützte das Atomprogramm nahezu einmütig. Auch die Kommunisten fordern den Einsatz der Atomenergie als Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum; für sie sind die Ökologen lediglich „Kleinbürger“, die nicht sehen wollen, daß es vielen Franzosen noch schlechtgeht und deshalb wirtschaftlicher Fortschritt notwendig sei.

Die Sozialistische Partei steht der ökologischen Thematik differenzierter gegenüber. Zwar wird die Nutzung der Atomkraft für unumgänglich gehalten, doch spricht sich die Partei gegen den Bau der Schnellen Brüter aus. Eine Minderheit in ihren Reihen, die regional von Bedeutung ist, setzt sich gegen das Atomprogramm aktiv zur Wehr.

In einigen Positionen kommen sich die Ökologen und die sozialistisch orientierte Gewerkschaft CFDT recht nahe. So lehnt die CFDT das Atomprogramm in seiner jetzigen Realisierung ab; statt dessen verlangt sie eine demokratische Diskussion über die gesamte Energiepolitik. Hintergrund für diese Forderung ist letztlich die Vorstellung von einem anderen Typ der wirtschaftlichen Entwicklung. Ausdruck dieser partiellen Übereinstimmung ist die Nationale Petition vom Juni 79, die von Ökologen, Linkssozialisten und der CFDT unterzeichnet wurde. Gefordert wurde die Suspendierung des Atomprogramms und eine öffentliche, demokratische Debatte über die Zukunft der nationalen Energiepolitik. Dieser Petition schlossen sich, da sie keine prinzipielle Ablehnung der Kernkraft beinhaltet, auch die PS und die Bewegung der Linksradiكالen an. Obwohl also gesellschaftlich wichtige Gruppen an der Petition partizipierten, blieb sie bisher ohne konkrete Wirkung.

Gibt es einen Plogoff-Effekt?

Betrachtet man die Entwicklung der letzten zehn Jahre im französischen Anti-AKW-Kampf, läßt sich festhalten, daß die Bewegung zahlenmäßig zwar ständig gewachsen, aber ohne tatsächliche Wirkung geblieben ist. Dies hängt einmal mit den zentralistischen Entscheidungsstrukturen in Frankreich zusammen, wo Minderheitsmeinungen nicht in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Zum anderen werden die Interessen der Atomindustrie direkt durch die Machteliten vertreten, so daß nur über massive Verweigerung der Loyalität Zugeständnisse zu erkämpfen sind. Zum anderen ist eine juristische Behinderung des AKW-Programms nicht wie in der BRD möglich.

Über die wirkliche Stärke der Anti-AKW-Bewegung läßt sich nur spekulieren, da eine offene Diskussion über die Energiepolitik nie geführt, geschweige denn der häufig geforderte Volksentscheid ins Auge gefaßt wurde. Die Medien, vor allem Radio und Fernsehen, sind regierungskonform ausgerichtet, so daß z.B. die Risse in einigen AKW oder die schon regelmäßigen „Unregelmäßigkeiten“ in der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague ohne große Publizierung bleiben. Allerdings zeigt sich hierin auch die Schwäche der Anti-AKW-Bewegung, die sich seit Malville trotz verschiedener Versuche keine überregionale Struktur zu schaffen verstand und nicht fähig war, an den Skandalen im Atomsektor mit massiver Informationsarbeit anzuknüpfen. Nur im Zusammenhang mit Wahlen wie dem Präsi-

dentschaftswahlkampf entstand ein lockeres nationales Organisationsgremium, das aber recht abgehoben arbeitete, was sich in der mangelnden Resonanz auf Aufrufe zu landesweiten Aktionen ablesen ließ.

Dennoch ist es falsch anzunehmen, daß es keinen ernstzunehmenden AKW-Widerstand mehr gibt. Dieser ist primär regional verankert und wird entsprechend von der heimischen Bevölkerung getragen. Dort, wo es diese Ablehnung der Bevölkerung nicht gibt, wie etwa in Cattenom an der deutsch-luxemburgischen Grenze, geschieht nahezu nichts.



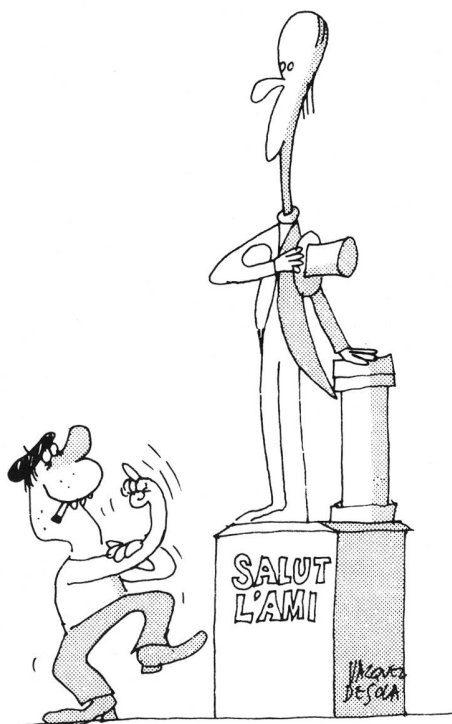
Der Bürgermeister von Plogoff

Um ein Beispiel des lokalen Widerstandes aufzugreifen, soll kurz über das bretonische Dorf Plogoff an der Pointe du Raz und den dortigen Widerstand berichtet werden. Seitdem im Juni 1976 erste Bodenuntersuchungen durchgeführt werden sollten, besteht der direkte Widerstand gegen das Projekt eines AKW. Die Bewohner der Halbinsel setzen sich zur Wehr, weil sie nicht nur Leib und Leben, sondern ihre Identität und Kultur bedroht sehen. Begleitet wird der Kampf seither durch Demonstrationen in dem betroffenen Gebiet, aber auch in Brest und Quimper. Eine heiße Phase der Auseinandersetzungen begann am 31. Januar 80 anläßlich der Untersuchung über die öffentliche Notwendigkeit des Projekts. Mit dieser Enquete vor Ort sollte die Bevölkerung die Gelegenheit erhalten, Einwände aktenkundig zu machen. Doch die Leute von und um Plogoff wollten sich nicht auf diese Scheindemokratie einlassen. Das Rathaus wurde für die Dauer der Untersuchung kurzerhand geschlossen, so daß der Präfekt ein Ersatzrathaus einrichten mußte, um den formalen Anforderungen zu genügen.

Über sechs Wochen lang traf sich die Bevölkerung jeden Abend, um den Abzug des Rathauses – einer Camionette – mit ihrer Art von „Messe“ zu feiern, d.h. durch militante Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften. Dieses Verhalten der Leu-

te beweist, daß sie sich gegen etwas, was sie als „schlecht“ erkannt haben, mit allen Mitteln wehren wollen. Dabei riskieren sie bewußt Konflikte mit der Staatsmacht, Verhaftungen – Geiselnahmen, wie sie sagen – oder Gefängnis.

Plogoff ist zu einem Symbol des ökologischen Kampfes, des aktiven Widerstandes der Betroffenen geworden. In der Anti-AKW-Bewegung wird von einem „effet Plogoff“ gesprochen, und zweifelsohne hat der Konflikt zu einer psychologischen Mobilisierung in ganz Frankreich, und nicht nur in der Bretagne, beigetragen. Unter einem Regenten Giscard war mit schwersten Auseinandersetzungen an diesem „Ende der Welt“ zu rechnen. Der Machtwechsel in Paris hat zu einer Entspannung der Lage in Plogoff geführt, da das AKW-Projekt zunächst zurückgestellt worden ist.



Die Sozialisten an der Macht

Mit der Wahl von François Mitterrand zum neuen Präsidenten in Frankreich wurde eine politische Änderung eingeleitet, die mit den Legislativwahlen vom Juni bestätigt wurde. Die Hoffnungen der bisher von den politischen Entscheidungen Ausgeschlossenen auf die „Linke an der Macht“ sind jedenfalls sehr groß. Von den Sozialisten sind soziale Verbesserungen (z.B. Anhebung der Mindestlöhne, der Niedrigrenten etc.), Modifizierung der Außenpolitik (etwa in bezug auf Lateinamerika) und Innenpolitik (besonders bezüglich der staatlichen Repression) sowie auch der Umweltpolitik (anerkannte Ökologen gehören zu den Beratern Mitterrands) zu erwarten.

Der politische Wechsel bietet sicherlich auch neue Anknüpfungspunkte für die Politik der Ökologen. Dabei dürften auch die 1.122.000 Stimmen (= 3,88%) für den grünen Präsidentschaftskandidaten Brice Lalonde – ein weiterer Fortschritt auf der Wahlebene – nicht ganz bedeutungslos sein. Erste Zugeständnisse der Regierenden beziehen sich auf Symbolprojekte wie das AKW Plogoff oder die Nicht-Ausweitung des Truppenübungsplatzes auf dem Larzac.² Das französische

Atomprogramm soll mit reduzierter Geschwindigkeit realisiert werden. Alle im Bau befindlichen Anlagen sollen fertiggestellt, geplante Vorhaben so lange suspendiert werden, bis eine natio-

nalen Debatte über das Pro und Kontra der Kernkraft zu einer Entscheidung geführt hat. Die Haltung der Regierung – die durch die Beteiligung der Kommunisten sicherlich nicht kernkraftkritischer geworden ist – dürfte in dieser Frage ähnlich widersprüchlich sein wie in bezug auf die Atombombentests, die zunächst unterbrochen, vier Tage später aber wieder fortgesetzt wurden.

„Sie müssen entscheiden – Ökologie oder Tod“

Unter diesem Motto stand die Wahlkampagne Dumonts

„Als die Gegner des Kraftwerkes sagten, daß der Atomstaat ein Polizeistaat sei, glaubten wir es nicht. Jetzt wissen wir, daß sie recht haben.“

Ein Bewohner von Malville nach den Auseinandersetzungen am Wochenende des 30./31. Juli 77.

„Die Bevölkerung des Cap Sizun wird heute durch eine Gruppe faschistischen Charakters terrorisiert, die sich aus Nacheiferern Hitlers zusammensetzt.“

André Lajoinie, Präsident der kommunistischen Fraktion in der Nationalversammlung, nach Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern von Plogoff und örtlichen Vertretern der KP.

„Die Atomkraftwerke werden den Bevölkerungen, die sie ablehnen, nicht aufgedrängt.“

Valéry Giscard d'Estaing 1974.

Die Änderung der politischen Situation liegt einmal in der Aufschubung verschiedener AKW-Projekte, was konkret eine Erleichterung bedeutet. Dazu zeigt sich die Regierung gewillt, eine nationale Diskussion über die Kernenergie zu beginnen. Diese Gelegenheit muß die Anti-AKW-Bewegung nutzen, ohne deshalb den Widerstand vor Ort einschlafen zu lassen. Denn Äußerungen seitens der Sozialisten während des Wahlkampfes müssen sich nicht in der konkreten Politik der Regierung Mauroy wiederfinden. Insofern bleiben die Forderungen im Anti-AKW-Kampf nach Stilllegung des AKW Fessenheim, der Nicht-Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Malville oder der Nicht-Erweiterung der Aufbereitungsanlage in La Hague an zentraler Stelle.

Insgesamt scheint eine Phase von Gesprächen und weniger von militanten Auseinandersetzungen begonnen zu haben, was dem augenblicklichen sozialen Klima in Frankreich nach den Wahlen durchaus entspricht.



Anmerkungen

- 1 Zit. nach Le Monde, L'Ecologie – enjeu politique. Dossiers et Documents. März 1978, S. 17.
- 2 Wer an Informationen über die Entwicklung in Frankreich interessiert ist, dem sei die Tageszeitung mit ihrer hervorragenden Frankreich-Berichterstattung empfohlen.